

Baden-Württemberg vor der Bundestagswahl 2009

Hin, Monika; Eisenreich, Dirk

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hin, M., & Eisenreich, D. (2009). Baden-Württemberg vor der Bundestagswahl 2009. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 8, 42-46. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-408238>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Baden-Württemberg vor der Bundestagswahl 2009

Monika Hin, Dr. Dirk Eisenreich

Monika Hin M. A. ist Leiterin des Referats „Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Dr. Dirk Eisenreich ist Referent im gleichen Referat.

Am 27. September 2009 findet in Deutschland die 17. Wahl zum Deutschen Bundestag statt. Die nach der Bundestagswahl 2005 gebildete Große Koalition aus CDU/CSU und SPD steht dabei auf dem Prüfstand der Wählerinnen und Wähler.

Folgender Beitrag gibt einen Rückblick auf die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 in Deutschland und in Baden-Württemberg. Da neben den Wahlergebnissen in Bund, Ländern und Wahlkreisen auch das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger von Interesse ist, werden mit den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik auch Daten zur Wahlbeteiligung und Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Alter dargestellt. Zusätzlich wird über Änderungen der Wahlkreiseinteilung des Landes informiert.

Bundestagswahl 2005: Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD

Bei der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005 verlor die zuvor regierende rot-grüne Koalition ihre Mehrheit. Die SPD musste bundesweit deutliche Verluste hinneh-

men (– 4,3 Prozentpunkte gegenüber der Bundestagswahl 2002) und erreichte 34,2 % der gültigen Zweitstimmen. Die GRÜNEN kamen auf 8,1 % und verzeichneten damit ein Minus von 0,5 Prozentpunkten. Allerdings erreichte auch ein mögliches Bündnis der Unionsparteien und der Liberalen keine Mehrheit im Parlament. CDU und CSU mussten ebenfalls Verluste hinnehmen und kamen auf 35,2 % (– 3,3 Prozentpunkte), während die FDP mit einem Plus von 2,4 Prozentpunkten auf 9,8 % der gültigen Zweitstimmen kam. Die LINKE erreichte 8,7 % und legte damit gegenüber 2002¹ 4,7 Prozentpunkte zu.

Der 16. Deutsche Bundestag setzte sich nach den Wahlergebnissen aus 614 Abgeordneten zusammen (einschließlich 16 Überhangmandaten). Auf die CDU/CSU entfielen 226 Sitze und auf die SPD 222. Die FDP stellte 61 Abgeordnete, die LINKE 54 und die GRÜNEN 51. Aus dieser Situation resultierte schließlich die Bildung einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD.

Frauenanteil im Deutschen Bundestag bei rund 32 %

Mit *Angela Merkel* übernahm zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Frau das Amt des Bundeskanzlers. Dennoch sind die Frauen auch im 16. Deutschen Bundestag immer noch unterrepräsentiert, denn von den 2005 insgesamt gewählten 614 Abgeordneten waren nur 195 Frauen; das entspricht einem Anteil von 31,8 %. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 ist damit der Frauenanteil sogar leicht gesunken. Damals waren 194 von 603 gewählten Abgeordneten weiblich (32,2 %). Unter den aus Baden-Württemberg gewählten 76 Abgeordneten waren 20 Frauen, was einem Anteil von 26,3 % entspricht und damit unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Wahlbeteiligung erneut leicht rückläufig

Bei der Bundestagswahl 2005 ging die Wahlbeteiligung beim Bund und im Land erneut leicht zurück. Bundesweit gaben 77,7 % der

T1 Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland und in Baden-Württemberg seit 1949

Jahr der Wahl	Wahlbeteiligung in %	
	Deutschland	Baden-Württemberg
1949	78,5	70,0
1953	86,0	81,8
1957	87,8	84,4
1961	87,7	84,8
1965	86,8	84,8
1969	86,7	85,1
1972	91,9	90,2
1976	90,7	89,1
1980	88,6	86,6
1983	89,1	88,4
1987	84,3	83,1
1990	77,8	77,4
1994	79,0	79,7
1998	82,2	83,1
2002	79,1	81,1
2005	77,7	78,7

¹ 2002: PDS.

T2 Ergebnisse der Bundestagswahlen in Baden-Württemberg seit 1949

Tag der Wahl	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Gültige Zweitstimmen ¹⁾	Davon					
				CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE ²⁾	Sonstige
	1 000	%	1 000	%					
14.08.1949	4 094,7	70,0	2 745,5	39,6	23,9	17,6	–	–	18,9
06.09.1953	4 536,8	81,8	3 588,1	52,4	23,0	12,7	–	–	11,8
15.09.1957	4 857,8	84,4	3 907,8	52,8	25,8	14,4	–	–	7,1
17.09.1961	5 211,9	84,8	4 189,2	45,3	32,1	16,6	–	–	6,0
19.09.1965	5 425,1	84,8	4 452,2	49,9	33,0	13,1	–	–	4,0
28.09.1969	5 510,3	85,1	4 584,8	50,7	36,5	7,5	–	–	5,3
19.11.1972	5 960,7	90,2	5 322,1	49,8	38,9	10,2	–	–	1,1
03.10.1976	6 118,5	89,1	5 405,5	53,3	36,6	9,1	–	–	1,0
05.10.1980	6 370,5	86,6	5 454,0	48,5	37,2	12,0	1,8	–	0,4
06.03.1983	6 544,8	88,4	5 722,6	52,6	31,1	9,0	6,8	–	0,5
25.01.1987	6 830,8	83,1	5 609,0	46,7	29,3	12,0	10,0	–	2,1
02.12.1990	7 121,8	77,4	5 439,4	46,5	29,1	12,3	5,7	0,3	6,1
16.10.1994	7 205,0	79,7	5 668,8	43,3	30,7	9,9	9,6	0,8	5,7
27.09.1998	7 256,9	83,1	5 945,4	37,8	35,6	8,8	9,2	1,0	7,5
22.09.2002	7 418,8	81,1	5 939,9	42,8	33,5	7,8	11,4	0,9	3,6
18.09.2005	7 529,2	78,7	5 822,4	39,2	30,1	11,9	10,7	3,8	4,3

1) 1949: Stimmen. – 2) 1990: PDS/LL, 1994 bis 2002: PDS, 2005: Die Linke.

Wahlberechtigten ihre Stimme ab, das sind 1,4 Prozentpunkte weniger als 2002. In Baden-Württemberg lag die Wahlbeteiligung mit 78,7 % zwar etwas höher, war aber mit einem Minus von 2,4 Prozentpunkten stärker rückläufig als im Bundesdurchschnitt. Damit setzte sich der Trend einer gegenüber 1998 weiter sinkenden Wahlbeteiligung fort. *Tabelle 1* zeigt, dass die Wahlbeteiligung in den 50er- bis 80er-Jahren noch bei über 80 % lag. Dennoch weisen die Bundestagswahlen, im Vergleich zu Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen, bis heute ein durchgängig höheres Niveau der Wahlbeteiligung auf.

Das Abschneiden der Parteien in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg erreichte die CDU bei der Bundestagswahl 2005 39,2 % der gültigen Zweitstimmen und büßte damit gegenüber 2002 3,6 Prozentpunkte ein (*Tabelle 2*). Die SPD musste 2005 ein Minus von 3,4 Prozentpunkten hinnehmen und erreichte 30,1 %. Die FDP im Land legte 2005 um 4,1 Prozentpunkte auf 11,9 % zu, während die GRÜNEN leichte Verluste von 0,7 Prozentpunkten zu verzeichnen hatten und auf 10,7 % kamen. Die LINKE konnte zwar bundesweit die 5%-Hürde überspringen, blieb in Baden-Württemberg jedoch bei 3,8 % (+ 2,9 Prozentpunkte). Der Zweitstimmenanteil der sonstigen Parteien belief sich 2005 auf 4,3 %.

Nach der Bundestagswahl 2005 zogen 76 Abgeordnete aus Baden-Württemberg in den Bundestag ein, 33 davon von der CDU, 23 von der SPD, 9 von der FDP, 8 von den GRÜNEN und 3 von der LINKEN. Bei den Direktmandaten lag die CDU im Land klar vorne: 33 der 37 Bundestagswahlkreise im Land wurden von den Christdemokraten gewonnen, während die SPD in 4 Wahlkreisen (Stuttgart II, Mannheim, Freiburg, Lörrach-Müllheim) die meisten Erststimmen erhielt. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 verloren die Sozialdemokraten 3 ihrer Direktmandate an die CDU (Wahlkreise Stuttgart I, Karlsruhe-Stadt, Heidelberg).

Politisches Einflusspotenzial älterer Wahlberechtigter nimmt zu

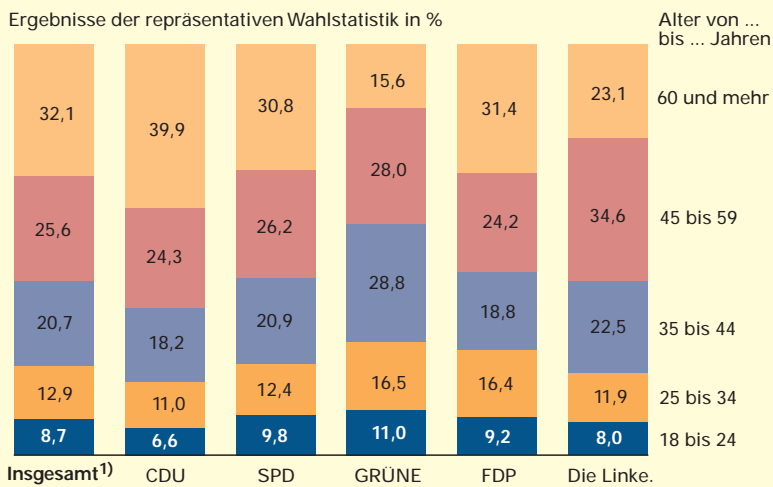
Bei der Bundestagswahl 2005 waren in Baden-Württemberg insgesamt 7,5 Mill. Männer und Frauen dazu aufgerufen, einen neuen Bundestag zu wählen. Damit stieg die Zahl der Wahlberechtigten seit der Bundestagswahl 2002 um rund 110 000 Personen an. Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik² der Bundestagswahl 2005 hat sich infolge der demografischen Alterung der Gesellschaft die Altersstruktur der Wahlberechtigten in den letzten 25 Jahren erheblich verschoben, das zahlenmäßige Gewicht der älteren Wahlberechtigten hat deutlich zugenommen. Während bei der Bundestagswahl 1980 die Gruppe der unter

2 Die repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung, die Informationen über die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen liefert. Darüber hinaus sind Aussagen über die Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen möglich.

S1

Wählerschaft ausgewählter Parteien bei der Bundestagswahl 2005 in Baden-Württemberg nach Altersgruppen

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik in %



1) Wähler mit gültiger Zweitstimme.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

621 09

30-Jährigen und die der 60-Jährigen und Älteren mit 23 % bzw. 25,5 % noch annähernd gleich groß war, fiel bei der Bundestagswahl 2005 der Anteil der älteren Wahlberechtigten mit 32 % doppelt so hoch aus wie der der jüngeren (rund 16 %). Das heißt, dass sich das politische Einflusspotenzial der älteren Wahlberechtigten in den letzten 25 Jahren rein quantitativ betrachtet spürbar erhöht hat.

Jüngere Wahlberechtigte besonders „wahlmüde“

Die Möglichkeiten der jüngeren Bevölkerung, durch Teilnahme an einer Wahl Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen, werden aber nicht nur durch ihre abnehmende quantitative Bedeutung begrenzt, sondern auch durch die Tatsache, dass die Jüngeren besonders „wahlmüde“ sind. Insgesamt sank die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 in Baden-Württemberg mit 78,7 % auf ein neues Rekordtief. Der Wahleifer der jüngeren Wahlberechtigten blieb indes noch deutlich unter dieser Beteiligungsquote. Lediglich rund 66 % der unter 30-jährigen baden-württembergischen Wahlberechtigten machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch³, während von den 60-Jährigen und Älteren gut 76 % ihre Stimme abgaben. Anders ausgedrückt: Ein knappes Drittel der Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2005 war 60 Jahre oder älter, aber nur rund 15 % waren unter 30 Jahre alt. Somit „verschenkten“ die jüngeren Baden-Würtemberger durch mangelnden Wahleifer politisches Einflusspotenzial.

3 Im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik wird die Wahlbeteiligung der Wähler ohne Wahlschein betrachtet.

Bei der Bundestagswahl 2005 konnte in der Tendenz – wie bereits bei früheren Bundestags-, Landtags- und Europawahlen – eine mit dem Alter zunehmende Wahlbeteiligung festgestellt werden, lediglich bei den 70-Jährigen und Älteren ließ die Wahlbeteiligung wieder etwas nach:

18- bis 20-Jährige	69,8 %
21- bis 29-Jährige	64,8 %
30- bis 39-Jährige	74,1 %
40- bis 49-Jährige	77,4 %
50- bis 59-Jährige	79,7 %
60- bis 69-Jährige	81,8 %
70-Jährige und Ältere	71,0 %

Die Wahlbeteiligung der Frauen lag bei der Bundestagswahl 2005, wie bereits bei früheren Wahlen, unter der der Männer. So beteiligten sich 76,1 % der baden-württembergischen Männer, aber nur 73,8 % der Frauen an der



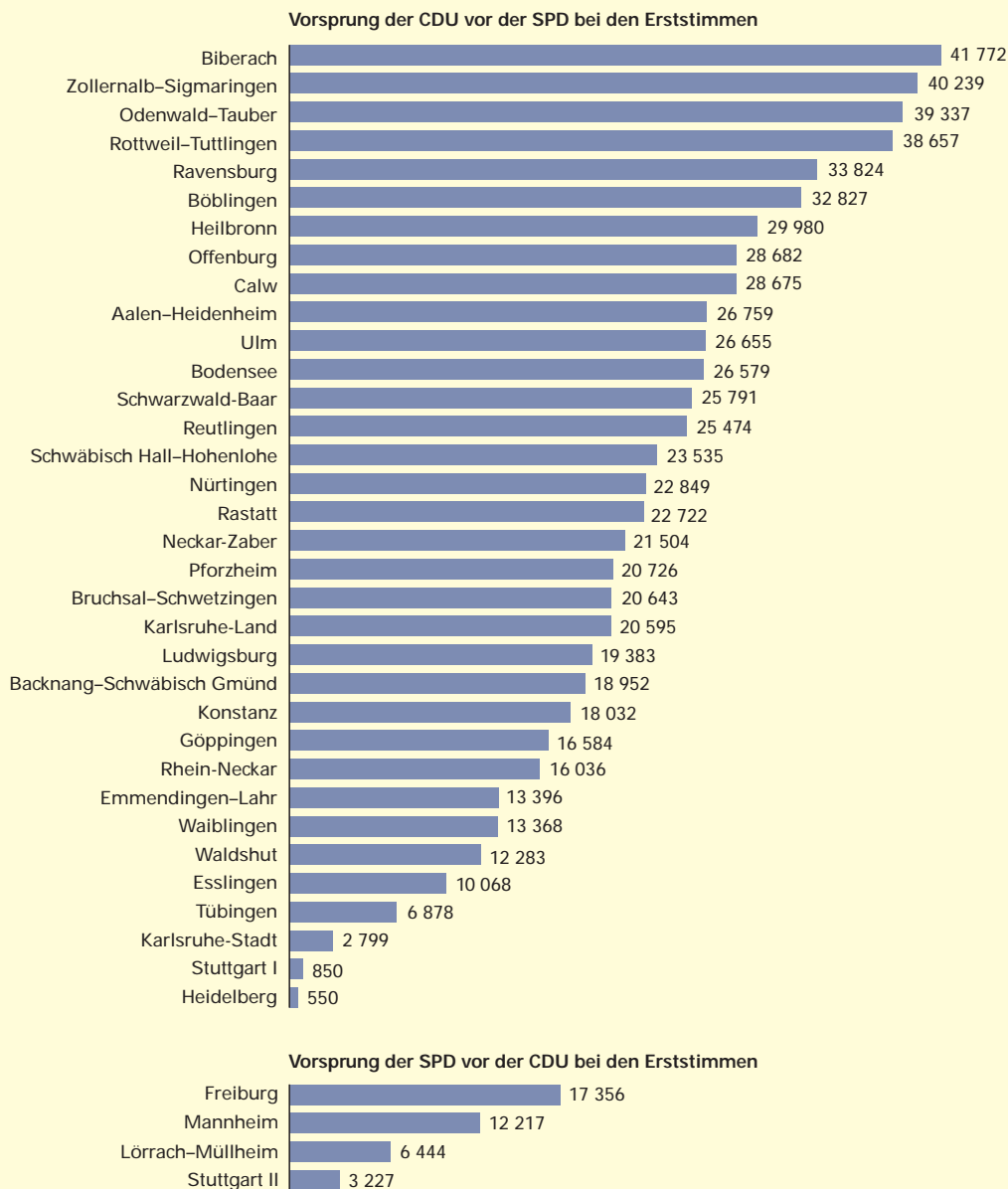
Wahlsystem und Sitzverteilung bei der Bundestagswahl

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag hat jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der Erststimme entscheiden die Wähler darüber, welcher Kandidat aus ihrem Wahlkreis in den Bundestag einzieht. Gewählt sind die Kandidaten, die in den 299 Bundestagswahlkreisen die meisten Erststimmen erhalten haben. Die Hälfte der 598 Mandate im Deutschen Bundestag geht damit an die direkt gewählten Abgeordneten. Mit der Zweitstimme wird die Landesliste einer Partei gewählt.

Wie viele Sitze eine Partei insgesamt im Bundestag erhält, wird ab der Bundestagswahl 2009 nach dem Verfahren *Sainte-Laguë/Schepers* ermittelt. Nach Ermittlung der Zahl der Sitze für jede Partei im gesamten Wahlgebiet wird die Verteilung der Parteisitze auf die einzelnen Bundesländer vorgenommen, ebenfalls nach dem genannten Verfahren *Sainte-Laguë/Schepers*. Von der so ermittelten Sitzzahl, die einer Partei in einem Bundesland zusteht, wird die Zahl der über die Erststimmen erfolgreichen Wahlkreisbewerber (Direktmandate) dieser Partei abgezogen. Hat allerdings eine Partei mehr Direktmandate gewonnen als ihr nach ihrem Zweitstimmenanteil zusteht, so behält sie die Differenz als sogenannte Überhangmandate. Die Zahl von 598 Bundestagsabgeordneten erhöht sich dann um die Zahl der Überhangmandate.

S2

Erststimmendifferenz bei der Bundestagswahl 2005 in Baden-Württemberg nach Bundestagswahlkreisen 2009



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

620 09

Wahl zum 16. Deutschen Bundestag. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 war der Rückstand der Frauen in Sachen Wahlbeteiligung wieder etwas größer. Damals lag die Beteiligungsquote der Frauen nur 2 Prozentpunkte unter der der Männer.

Demografische Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien

Die repräsentative Wahlstatistik liefert auch Informationen über die demografische Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien. In Baden-Württemberg hat die CDU

von allen Parteien den höchsten Anteil an älteren Wählern (*Schaubild 1*). Während bei der Bundestagswahl 2005 unter den baden-württembergischen Wählern mit gültiger Zweitstimme insgesamt 32,1 % Senioren waren, lag der Anteil der 60-Jährigen und Älteren unter den CDU-Wählern bei 39,9 %. Die unter 60-Jährigen waren in der Wählerschaft der CDU hingegen unterrepräsentiert. Bei den SPD-Wählern sind die Senioren (30,8 %) zwar leicht unterrepräsentiert, stellen aber dennoch den größten Anteil an allen SPD-Wählern. Demgegenüber nimmt die Gruppe der 18- bis 24-jährigen SPD-Wähler (9,8 %) den geringsten Anteil an den SPD-Wählern ein, liegt damit aber noch über

dem Landeswert der 18- bis 24-jährigen Wähler in Baden-Württemberg insgesamt (8,7 %). Im Vergleich zu den anderen im Bundestag vertretenen Parteien weicht die Zusammensetzung der SPD-Wählerschaft am wenigsten von der Altersstruktur der gesamten Wählerschaft ab.

Im Gegensatz zu den beiden großen Parteien waren unter der Wählerschaft der GRÜNEN die Senioren stark unterrepräsentiert, während alle Altersgruppen unter 60 Jahren überproportional vertreten waren. So war – wie bereits erwähnt – bei der Bundestagswahl nahezu jeder 3. Wähler 60 Jahre oder älter. Von den Wählern der GRÜNEN gehörten jedoch lediglich 15,6 % zu dieser Altersgruppe. Die quantitativ stärkste Gruppe unter den Wählern der GRÜNEN war die Altersklasse der 35- bis 44-Jährigen (28,8 %), während sich von den Wählern insgesamt nur 20,7 % in dieser Altersgruppe befanden. Auch die 45- bis 59-Jährigen (28,0 %) waren bei den GRÜNEN überdurchschnittlich stark vertreten. Unter der Wählerschaft der FDP waren die 18- bis 24-Jährigen (9,2 %) und insbesondere die 25- bis 34-Jährigen (16,4 %) überdurchschnittlich stark vertreten. Bei der LINKEN hatten die mittleren Altersgruppen ein überdurchschnittliches Gewicht. Hier sind die 35- bis 59-Jährigen im Vergleich zu ihrem Anteil an allen Wählern überrepräsentiert, während sowohl die 60-Jährigen und Älteren als auch die Wählerinnen und Wähler unter 34 Jahren unterrepräsentiert sind.

Ausblick: 2009 hat Baden-Württemberg 38 statt 37 Bundestagswahlkreise

Die Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 2009 wurde vom Gesetzgeber geändert. Dadurch erhalten Baden-Württemberg (38 Wahlkreise statt 37 bei der Bundestagswahl 2005) und Niedersachsen (30 Wahlkreise statt 29) jeweils einen zusätzlichen Wahlkreis, während Sachsen und Sachsen-Anhalt nun je einen Wahlkreis weniger haben. In Baden-Württemberg wurde dabei der Wahlkreis Ravensburg neu gebildet und die Wahlkreise Biberach,

Bodensee (bisher Ravensburg-Bodensee) und Zollernalb-Sigmaringen verändert. Ebenfalls wurde die Nummerierung aller Wahlkreise im Land geändert.

Die Umrechnung der Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 auf die neue Einteilung der Wahlkreise zeigt, dass die CDU in 34 der 38 Wahlkreise das Direktmandat errungen hätte, die SPD unverändert in 4 Wahlkreisen (*Schaubild 2*). Wahlkreise mit geringem Vorsprung der CDU vor der SPD sind Heidelberg und Stuttgart I, in denen die CDU nur mit 550 bzw. 850 Erststimmen vor der SPD lag. Aber auch in den Wahlkreisen Karlsruhe-Stadt und Tübingen hatte die CDU mit rund 2 800 bzw. 6 900 Erststimmen einen relativ geringen Vorsprung. Die SPD wiederum lag in den Wahlkreisen Stuttgart II und Lörrach-Müllheim mit rund 3 200 bzw. 6 400 Erststimmen nur vergleichsweise knapp vor der CDU bei der Entscheidung um das Direktmandat.

Zahl der Wahlberechtigten steigt

Nach einer Vorausschätzung des Statistischen Landesamtes werden zur Bundestagswahl am 27. September 2009 in Baden-Württemberg voraussichtlich rund 7,7 Mill. Deutsche wahlberechtigt sein. Damit würde in Baden-Württemberg die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 2005 (7,5 Mill. Wahlberechtigte) deutlich ansteigen. Unter den Wahlberechtigten sind in diesem Jahr voraussichtlich rund 450 000 Erstwähler, die seit den letzten Bundestagswahlen volljährig geworden sind. Dabei handelt es sich um rund 230 000 Männer und 220 000 Frauen, die vom 19. September 1987 bis 27. September 1991 geboren wurden. ■

Weitere Auskünfte erteilen
Monika Hin, Telefon 0711/641-26 04,
Monika.Hin@stala.bwl.de
Dr. Dirk Eisenreich, Telefon 0711/641-21 09,
Dirk.Eisenreich@stala.bwl.de

kurz notiert ...

Kinderlosigkeit in Baden-Württemberg nimmt zu

In Baden-Württemberg waren im Jahr 2008 knapp 13 % der Frauen im Alter zwischen 50 und 75 Jahren dauerhaft kinderlos. Von den Frauen mit Migrationshintergrund sind lediglich rund 9 % kinderlos. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist der Anteil kinder-

loser Frauen von 12 auf 15 % angestiegen. Der Bildungsstand der Frauen hat offensichtlich Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen eigene Kinder: Ein Fünftel der Frauen mit einem hohen Bildungsstand im Alter von 50 bis 75 Jahren hat keine Kinder bekommen. Die baden-württembergischen Frauen bekommen ihre Kinder überwiegend nach dem 30. Lebensjahr. ■